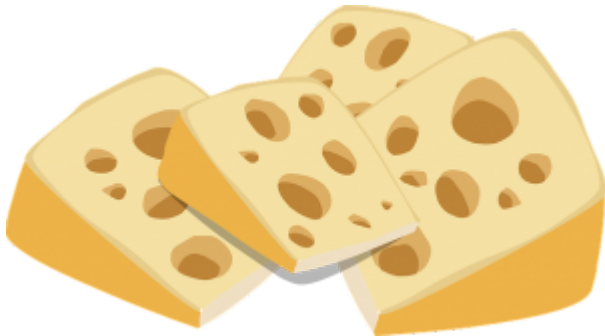


# Gute Nachrichten aus der Schweiz



Aus der Schweiz kommen viele schlechte Nachrichten, siehe den HSBC-Skandal, wie er in [Metawelt der Superreichen](#) abgehandelt wird. Wenn mal gute Nachrichten kommen wie in [Schluss mit Schweizer Käse](#), stellen die sich

gern als falsche Vorfreude raus (Bild: OpenClips, pixabay).

Zur Abwechslung ergreifen wir gern die Gelegenheit, auch mal was echt Gutes über die Schweiz zu berichten. Eine Pressenotiz der HABO vom 24.2. verhilft uns dazu:

*Humanistische Alternative begrüßt Vorstoß der Rechtskommission des Schweizer Nationalrates:*

**„Auch in Deutschland sollten alle Formen der Lebensgemeinschaft als Ehe anerkannt werden können“**

Die „Humanistische Alternative Bodensee“ begrüßt einen Vorstoß der Rechtskommission des Schweizer Nationalrates, dem Parlament der Eidgenossenschaft. Diese empfiehlt in einer Begutachtung, dass allen Menschen, die in Formen einer Lebensgemeinschaft gegenseitige Treue und Verantwortung übernehmen, die Anerkennung ihrer Zusammengehörigkeit als Ehe ermöglicht wird. Sollte auch der Ständerat, die kantonale Vertretung, dieser Argumentation folgen, könnte ein entsprechender Gesetzentwurf ausgearbeitet werden.

In aktuellen Umfragen verschiedener Zeitungen und Institutionen sprachen sich zwischen 53 und mehr als 70 Prozent der befragten Schweizer dafür aus, dass auch homosexuellen Lebenspartnerschaften der Status der Ehe

zugesprochen werden darf. Die Meinung in der Bevölkerung scheint sich entsprechend mit den Annahmen der Rechtskommission zu überschneiden, wie auch der Sprecher der „Humanistischen Alternative Bodensee“ (HABO), Dennis Riehle, feststellt – und darüber hinaus fordert, dass die Sichtweise auch in Deutschland Schule machen sollte.

„Dass in der doch für viele Betrachter konservativ wirkenden Schweiz ein solcher Gedanke früher als in Deutschland den Charakter einer tatsächlich angestrebten gesetzlichen Änderung annimmt, ist schon bezeichnend für die Rückständigkeit der Bundesrepublik – insbesondere von Teilen der CDU und ihrer Vorsitzenden Merkel“. Die Kanzlerin sprach sich wiederholt dagegen aus, auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften als Ehe zu verstehen. Nach Ansicht von Riehle wäre es nun dringend an der Zeit, sich nicht länger von persönlichen Befindlichkeiten, sondern von grundgesetzlichen Rechten treiben zu lassen.

„Es scheint ja offenkundig nicht daran zu liegen, dass eine Gleichstellung mit unserer Verfassung nicht vereinbar wäre – im Gegenteil. Die Verfassungsrichter haben ja bereits mit mehreren Entscheidungen angedeutet, dass die Benachteiligung vor dem Aus steht. Insofern wäre es auch für die Regierung gesichtswahrend, wenn sie sich nicht länger gegen eine rechtliche Veränderung stemmen würde, sondern einem erneuten Rüffel aus Karlsruhe zuvorkäme“, so Riehle, der abschließend ergänzt: „Es wäre nicht nur peinlich, wenn uns die Eidgenossen vormachen müssten, wie man Menschenrechte und die Würde des Einzelnen umfassend achtet“.

[Dennis Riehle, Sprecher](#)

[Humanistische Alternative Bodensee](#)

Säkular-humanistischer Zusammenschluss